

Gymnasium Schramberg: Rat will Projektsteuerer

NRWZ-Redaktion Schramberg

5. Mai 2024



Seit einer Brandschutzübung im Jahr 2010 ist das Schramberger Gymnasium zu einer Dauerbaustelle geworden. Die Übung hatte damals schwerwiegende Mängel beim Brandschutz offenbart. Im Sommer 2011 beschloss der Gemeinderat daraufhin ein umfassendes Sanierungskonzept für den Brandschutz in mehreren Bauabschnitten. Es sollte damals 2,7 Millionen Euro kosten. Im Sommer 2012 begannen die Arbeiten - und sie dauern bis heute.

Schramberg: Der Grund: Bei den Sanierungsarbeiten für den Brandschutz tauchten immer wieder neue Probleme auf: Mögliche Asbestbelastungen, andere Schadstoffe, die in Fußböden, Leitungskanälen oder Wänden stecken könnten. Aber auch vernünftige Vorschläge wie: Wenn die Decken eh geöffnet sind, dann

verlegen wir gleich neue Leitungen für Strom, Heizung, Wasser.



Eine der ersten Arbeiten war denn auch der Anbau sinnvoller Nottreppen. Archiv-Foto: him

Doch mit jeder neuen Baustelle tat sich ein weiteres Problem auf. Wie wird die Baustelle abgesichert, wenn wegen Asbest saniert wird? Welche Richtwerte sollen gelten, die aktuell gültigen oder die, die die EU eines Tages einführen möchte? Um nur zwei Beispiele zu nennen.

Es geht nur mit einem verantwortlichen Projektsteuerer

In diesem Februar hat Fachbereichsleiter Bent Liebrich im Gemeinderat erklärt, so komme man nicht weiter. Ein Projektsteuerer solle sich ausschließlich mit dem Problembau Gymnasium befassen. Der Rat es genauso und beauftragte die Verwaltung, die genauen Aufgaben für den Projektsteuerer festzulegen.

In der Gemeinderatssitzung Ende April hat Hochbauleiter Andreas Krause für den erkrankten Liebrich über den Stand der Dinge berichtet. Das mit dem Projektsteuerer ist nämlich ebenfalls ein komplizierter Akt.

Dessen Aufgabe muss die Stadt genau umreißen, um dann den Auftrag – wahrscheinlich europaweit – ausschreiben zu können. Nur, nach den bisherigen Erfahrungen kann niemand sagen, was da an Bausünden der Vergangenheit noch alles auftaucht.

Neuausschreibungen, Schadensersatzforderungen?

Wie der „Schwarzwälder Bote“ berichtet, haben sich die CDU-Stadträte Thomas Brugger und Thomas Brantner bei der Vergabestelle schlau gemacht. Sie haben festgestellt, die Verwaltung müsste sich mit dem Regierungspräsidium in Verbindung setzen und nach einem rechtlich gangbaren Weg erkundigen.

Wenn die neuen Arbeiten um mehr als zehn Prozent von den bisher vergebenen Aufträgen abweichen, könnte das dazu führen, dass alles nochmals neu ausgeschrieben werden muss. Ein Jahr Zeitverlust würde das bedeuten. Aber auch Schadensersatzansprüche der Firmen stehen im Raum.

Erst der Steuerer, dann sieht man weiter

Im Rat war man sich einig, dass ein Projektsteuerer schleunigst her muss. Deshalb soll anders als von der Verwaltung vorgeschlagen, einen Maßnahmenplan zur Vorbereitung für die Ausschreibung eines Projektsteuerers erstellen. „Außerdem ist mit dem Regierungspräsidium abzustimmen, welche Aufträge beziehungsweise Vergaben vor Beauftragung eines Projektsteuerers noch ausgeführt werden können und welche Auswirkungen auf die bereits bewilligten Zuschüsse zu erwarten sind.“

Eine Kürzung der Zuschüsse solle vermieden werden. Schließlich hat der Rat die Verwaltung beauftragt, „die Möglichkeiten und finanziellen Auswirkungen zur Beauftragung eines Projektsteuerers aufzuzeigen“.

In der von OB-Stellvertreter Jürgen Winter geleiteten Sitzung – Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr war bei einer Fortbildung -, berichtete Andreas Krause, er schätze, dass die erforderlichen Arbeiten am Gymnasium zu 30 bis 40 Prozent erledigt seien. Rechnet man das hoch, dürfte eine weitere Schülerinnen- und Schülergeneration auf einer Baustelle lernen.